

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

9. September 2013

Afghanistan

Hohe Verluste afghanischer Sicherheitskräfte

Nach Angaben des afghanischen Innenministeriums starben seit März dieses Jahres 1.792 Polizisten – doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum. Die Meisten wurden Opfer von Sprengfallen und Selbstmordattentätern. Der schrittweise Rückzug der ISAF und die Übernahme der Sicherheitsverantwortung durch afghanische Kräfte haben dazu geführt, dass die Aufständischen ihre Aktionen nun auf diese konzentrieren. Im Innenministerium wurde beschlossen, keine monatlichen Todeszahlen zu den Sicherheitskräften mehr zu veröffentlichen, da sich dies negativ auf die Moral auswirke.

Für den 01.05. bis 31.07.13 zählte die amerikanische Hilfsorganisation USAID 6.198 sicherheitsrelevante Vorfälle, bei denen 2.044 Personen (Zivilisten und Sicherheitskräfte) getötet und 3.071 verletzt worden waren:

Targeted group	Individuals affected (dead and injured)
Afghan Border Police	145
Afghan National Army	322
Afghan National Directorate Security	15
Afghan National Police	1,513
Afghan National Security Force	958
Armed Opposition Groups	332
Business/Enterprise/Commercial	38
District Centre	60
Government of Afghanistan	205
International Military (IMF, IM, ISAF)	230
Local contractor	55
Local population	1,191
National NGO	21
Other	62
TOTAL	5,147

Sicherheitslage

Am 04.09.13 wurde die indische Schriftstellerin Sushmita Banerjee in ihrem Wohnort in der ostafghanischen Provinz Paktika von Unbekannten erschossen. Die Schriftstellerin hatte ein Buch über ihre Flucht vor den Taliban geschrieben.

Am 05.09.13 erschossen afghanische Polizisten zwei Bewaffnete in einer Moschee in Kabul. Es soll sich um pakistanische Islamisten in Polizeiuniformen gehandelt haben. Nach Behördenangaben hätten die Männer einen Anschlag auf schiitische Gläubige geplant. Bei dem Schusswechsel wurden auch drei Unbeteiligte verletzt.

Am 07.09.13 wurden bei einem von der Bundeswehr angeordneten NATO-Luftangriff in der nordafghanischen Provinz Kunduz drei Aufständische getötet. Die Angreifer drohten, einen Außenposten der afghanischen Sicherheitskräfte in Isa Khel, rund drei Kilometer westlich des deutschen Feldlagers, zu stürmen. Berichte über zivile Opfer liegen nicht vor. Bei einem weiteren NATO-Luftangriff in der östlichen Provinz Kunar (Distrikt Wattapur) sollen 16 Zivilisten getötet worden sein. In der westafghanischen Provinzhauptstadt Herat kam es bei Protesten gegen die Visa-Vergabe des iranischen Konsulats zu Ausschreitungen, bei denen mindestens ein Mensch getötet und mehrere verletzt wurden.

Am 08.07.13 griffen Aufständische das Büro des Geheimdienstes in Maidan Shar, Provinzhauptstadt der zentralafghanischen Provinz Wardak, an. Bei dem Schusswechsel sollen alle Angreifer getötet worden sein. Es habe mindestens 30 Verletzte gegeben, darunter viele Zivilisten.

Irak

Anschläge

Am 03.09.13 starben in Bagdad bei einer Serie von insgesamt elf offenbar koordinierten Anschlägen in überwiegend von Schiiten bewohnten Vierteln mindestens 64 Menschen. Anschlagziele waren u.a. Märkte und Moscheen.

Am 04.09.13 kamen bei einem Bombenanschlag auf zwei Häuser schiitischer Familien in Latifiyah mindestens 18 Menschen um. In Tarmiyah starben fünf Soldaten bei einer Patrouille, als drei Bomben explodierten.

Am 07.09.13 wurden bei Anschlägen u.a. in Bagdad, Mosul, Baquba und Tuz Khurmato vier Menschen getötet.

Im August 2013 starben nach Angaben von UNAMI 804 Iraker durch Gewaltakte, 2.030 erlitten Verletzungen. Die am stärksten betroffene Provinz war Bagdad, gefolgt von Salahaddin, Ninive, Diyala und Anbar. Nach Angaben von Iraq Body Count gab es im August 915 Todesopfer unter der Zivilbevölkerung.

Syrien

Unsicherheit über Militärschlag

Gegner eines Militärschlages weisen darauf hin, dass bisher keine guten Gründe dafür genannt worden seien, warum der Giftgasangriff in Syrien Amerikas nationale Sicherheit verletzt habe. Auch international gelingt es dem amerikanischen Präsidenten bisher nicht, uneingeschränkte Unterstützung für einen Militärschlag zu erhalten. Der Stabschef des Weißen Hauses, McDonough, räumte ein, die USA hätten keine hundertprozentigen Belege für eine Verbindung der syrischen Regierung zur mutmaßlichen Giftgasattacke am 21.08.13. Präsident Obama plant eine Öffentlichkeitsoffensive für den von ihm angestrebten Militärschlag. Dieser soll nach Informationen der „Los Angeles Times“ länger und umfassender werden als bislang bekannt. Präsident Assad bestreitet erneut die Verantwortung seiner Regierung für einen Giftgaseinsatz.

Israel/Palästinensische Autonomiegebiete

Israel erteilt 5.000 Palästinensern Arbeitserlaubnis

Um das Klima im Nahost-Friedensprozess zu verbessern, erteilte Israel weiteren 5.000 Palästinensern aus dem Westjordanland eine Arbeitserlaubnis für Israel. Insgesamt gibt es damit jetzt 40.000 solcher Arbeitserlaubnisse.

Iran

Mehr Freiheiten unter Präsident Hassan Rohani

In der einmonatigen Regierungszeit von Präsidenten Rohani wird fast jede Woche das Erscheinen neuer Zeitungen angekündigt. Die Auflagenhöhe der bereits erscheinenden Medien steigt. Überdies werden fast täglich Berichte über Missstände der vergangenen acht Jahre unter Ex-Präsident Ahmadinejad veröffentlicht. Auch gibt es ein Angebot der Regierung an alle im Ausland lebenden iranischen Journalisten und Exilanten, zurückkehren zu können, ohne Verhaftung befürchten zu müssen. In den Jahren zuvor gab es unter der alten Regierung eine Welle von Einschränkungen für Zeitungen, z.B. die Auflage auf ein Minimum zu reduzieren oder das Erscheinen ganz einzustellen. 48 Zeitungen und Zeitschriften wurden verboten.

Aus gesellschaftlichen Kreisen werden Forderungen nach mehr Freiheit an die Regierung immer konkreter. In einem Schreiben an Präsident Rohani verlangten mehr als 100 Akademiker mehr Freiheiten in der Lehre und mehr Diskussionsmöglichkeiten für Studierende an den Universitäten. Zudem wird von vielen Universitäten gefordert, Zwangspensionierungen von Professoren während der Amtszeit Ahmadinejads rückgängig zu machen.

Türkei

Truppenverlagerung

Die Türkei schickte vergangene Woche zusätzliche Einheiten mit gepanzerten Fahrzeugen an die Grenze zu Syrien bei Yayladag und Kilis. In der vorangegangenen Woche waren schon zusätzliche Flugabwehrsysteme in Stellung gebracht worden. Die türkische Regierung hatte sich zudem bereit erklärt, sich gegebenenfalls an einer Koalition für einen Militärschlag gegen die syrische Regierung zu beteiligen.

Ägypten

Anschlag auf Innenminister

Bei einem Selbstmordanschlag auf Innenminister Mohammed Ibrahim in Kairo, Vorort Nasr City, am 05.09.13 wurden 73 Personen verletzt. Der Minister blieb unverletzt. Bei dem Attentäter soll es sich um einen Extremisten der islamistischen Milizen auf dem Sinai gehandelt haben.

Militäreinsatz auf dem Sinai

Am 08.09.13 beschoss die ägyptische Armee zum wiederholten Mal mutmaßliche Verstecke islamistischer Rebellen auf dem Sinai. Dabei kamen nach Angaben der Armee neun Extremisten ums Leben, 15 Verdächtige wurden festgenommen. Bei einem Gegenangriff der Rebellen sollen zwei Soldaten getötet worden sein.

Mubaraks ehemaliger Außenminister leitet Verfassungsausschuss

In ihrer ersten Sitzung wählten die von Übergangspräsident Adli Mansur berufenen Mitglieder des Verfassungsausschuss (s. BN vom 02.07.13) den ehemaligen Außenminister Amr Mussa mit 30 von 50 Stimmen zum Vorsitzenden.

Die Muslimbruderschaft lehnt eine Beteiligung an dem Ausschuss ab, da für sie der gestürzte Präsident Mursi nach wie vor legitimes Staatsoberhaupt ist.

Muslimbruderschaft droht Verlust des NGO-Status

Presseberichten zufolge soll die Übergangsregierung beschlossen haben, der Muslimbruderschaft den Status als Nichtregierungsorganisation abzuerkennen. Als Grund wird angegeben, dass die Organisation ihr Hauptquartier als Waffenlager genutzt habe. Die Muslimbruderschaft hatte sich erst im März 2013 unter der von ihrem politischen Flügel, der Partei für Freiheit und Gerechtigkeit (FJP), geführten Regierung als Nichtregierungsorganisation registrieren lassen. Damals hatten Gegner ihre Legalität bestritten. Ein Verbot der FJP scheint bisher nicht geplant zu sein.

Russische Föderation/

Bürgermeisterwahl in Moskau

Amtsinhaber Sergej Sobjanin hat die Bürgermeisterwahl in der russischen Hauptstadt Moskau gewonnen. Laut vorläufigem Endergebnis kam der 55 Jahre alte Weggefährte von Kremlchef Wladimir Putin auf 51,4 % der Stimmen. Überraschend stark schnitt der Kremlkritiker und Oppositionspolitiker Alexej Nawalny ab. Der 37-Jährige erreichte 27,2 % der Stimmen und damit fast doppelt so viele, wie ihm Umfragen zugebilligt hatten. Nawalny selbst zweifelte das Ergebnis der Auszählung an und forderte eine Stichwahl.

Unabhängige Wahlbeobachter beklagten Unregelmäßigkeiten. So seien Soldaten zur Stimmabgabe gezwungen worden. Zudem hätten Kameras nicht funktioniert, mit denen etwaige Manipulationen dokumentiert werden sollten. Hinweise für größere Wahlmanipulationen habe es jedoch nicht gegeben.

Nordkaukasus: Attentat in Inguschetien

Der Sekretär des Sicherheitsrates der russischen Nordkaukasusrepublik Inguschetien, Achmed Kotijew, ist am 27.08.13 einem Attentat zum Opfer gefallen. Unbekannte hatten auf einer Landstraße mehrfach auf sein Fahrzeug geschossen, als Kotijew unterwegs zu seiner Arbeitsstelle war. Auch sein Fahrer erlag seinen Verletzungen.

Eine Kommission unter Leitung von Kotijew, die sich um die Wiedereingliederung von Extremisten kümmerte, hatte mehr als 60 Personen, darunter 50 ehemalige Bewaffnete und ihre Helfer, dazu bewogen, sich freiwillig zu stellen, teilte die Regierung Inguschetiens auf ihrer Website mit. Diesen Menschen sei rechtliche und psychologische Unterstützung sowie Hilfe bei der Arbeitssuche zuteil geworden. Inguschetiens Republikchef Jewkurow gilt in der Region des Nordkavkasus als einer der wenigen besonnenen und integren Führungskräfte. Er bemüht sich, um die Einhaltung der Menschenrechte in seiner Republik und um einen Ausgleich mit den extremistischen Gruppierungen.

Somalia

Bombenanschlag in Mogadischu tötet 18 Personen

Bei der Explosion von zwei Bomben in einem bei Regierungsangestellten und Journalisten beliebten Restaurant in Mogadischu starben am 07.09.13 mindestens 18 Menschen, 20 wurden verletzt. Zu dem Anschlag bekannte sich die al-Shabaab.

Angriff auf Konvoi des Präsidenten

Nach eigenen Angaben griff die al-Shabaab am 02.09.13 bei der Hafenstadt Merka den Konvoi des Präsidenten, Hassan Sheikh Mohamud, mit Panzerfäusten an und zerstörte mehrere Fahrzeuge. Dem staatlichen Radio zufolge blieben Mohamud und seine Begleiter unverletzt.

Schulbesuch für eine Million Kinder

Die somalischen Behörden wollen mit dem Drei-Jahres-Programm „Go 2 School“ einer Million Kinder und Jugendlichen, einem Viertel der derzeit vom Bildungssystem Ausgeschlossenen, den Schulbesuch ermöglichen. Mit rund 117 Mio. USD sollen Schulen gebaut oder renoviert, Lehrer eingestellt und fortgebildet sowie Sonderprogramme für Nomaden umgesetzt werden.

Nigeria

Soldaten töten 50 Islamisten

In Nigeria haben Soldaten am 07.09.2013 bei Gefechten mit der Islamisten-Gruppe Boko Haram 50 Kämpfer getötet. Ein Armee-Sprecher sagte, die Truppen hätten die Rebellen bis in deren Lager im Nordosten des Landes verfolgt. Dort sei es dann zu Kämpfen gekommen. Wie viele Opfer es unter Zivilisten gegeben habe, sei noch unbekannt.

Kenia

Rückzug aus dem Internationalen Strafgerichtshof

Am 05.09.13 befürwortete das Parlament in einer Sondersitzung einen Antrag, das Römische Statut zu kündigen, das dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) zugrunde liegt. Die Regierung hat nun 30 Tage Zeit, ein entsprechendes Gesetz dem Parlament vorzulegen, dessen Zustimmung als sicher gilt. Kenia wäre der erste Staat, der aus dem IStGH austritt. Nach Auffassung von Juristen würde es mindestens ein Jahr dauern, bis der Austritt rechtskräftig ist.

Wesentlich für das Bestreben, das Römische Statut zu kündigen, sind Verfahren des IStGH gegen die beiden ranghöchsten kenianischen Politiker, Vizepräsident William Ruto und Präsident Uhuru Kenyatta. Ihnen wird vorgeworfen, für Verbrechen im Zusammenhang mit den Präsidentenwahlen von 2007 verantwortlich zu sein. Damals waren weit über 1.000 Menschen getötet und Hunderttausende vertrieben worden. Das Verfahren gegen Ruto beginnt am 10.09.13, das gegen Kenyatta am 12.11.13. Wie ein Sprecher des IStGH verlautete, hat ein Austritt Kenias keinen Einfluss auf die beiden Prozesse. Sie haben formal bereits begonnen.

Indien

19 Tote bei Gewalt zwischen Hindus und Muslimen

Bei Ausschreitungen zwischen Muslimen und Hindus im nordindischen Bezirk Muzaffarnagar sind nach Behördenangaben vom 08.09.13 mindestens 28 Menschen getötet und mehr als 40 verletzt worden. Hunderte Soldaten wurden in das Gebiet im Bundesstaat Uttar Pradesh gerufen und Ausgangssperren verhängt. Mehr als 50 Personen wurden festgenommen. In Uttar Pradesh, wo Muslime eine kleine Minderheit bilden, sind Spannungen zwischen Religionsgruppen nicht selten.

Im mehrheitlich hinduistischen Indien nehmen Ausschreitungen zwischen Religionsgruppen zu. Allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres sind 451 Vorfälle bekanntgeworden, während es im Jahr 2012 insgesamt 410 waren.